

Fondazione Giangiacomo Feltrinelli

Annali

Anno. Ventitreesimo

1983/1984

Feltrinelli Editore Milano

Direzione:

Salvatore Veca

Comitato scientifico:

Gaetano Arfé
Maurice Aymard
Enzo Collotti
Franco Della Peruta
Furio Diaz
Pierangelo Garegnani
Giuliano Procacci
Michele Salvati
Giulio Sapelli
Leo Valiani
Salvatore Veca

Redazione:

Rodolfo Montuoro
Martino Pozzobon
AER - Milano

Segreteria di redazione:

Marisa de Gioia

Direttore responsabile:

Adolfo Scalpelli

Manoscritti e pubblicazioni:

Fondazione Giangiacomo Feltrinelli - Via Romagnosi 3 - Milano
ISSN: 0544-1374

L'Internazionale Operaia e Socialista tra le due guerre

a cura di Enzo Collotti

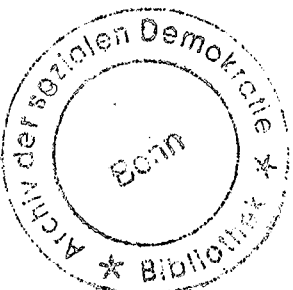
Prima edizione: marzo 1985

Copyright by



Fondazione Giangiacomo Feltrinelli Milano

ISBN 88-07-99043-1



X 1173

Parte seconda

Temî di dibattito generale e esperienze particolari

- ANDREA PANACCIONE - *Presupposti e linee di sviluppo del dibattito nella IOS sul bolscevismo e sull'URSS* 315
- GIORGIO MIGLIARDI - *I menscevichi e lo Stato sovietico* 361
- TIBOR HAJDU - *Revolution and Counter-Revolution in Hungary and the Schism in Hungarian Socialist Movement (1918-1921)* 373
- MILOŠ HÁJEK - *Il fascismo nell'analisi dell'Internazionale Operaia e Socialista* 389
- ENZO COLLOTTI - *Socialdemocrazia e amministrazione municipale: il caso della "Vienna rossa"* 431
- MICHAEL SCHNEIDER - *Zwischen "Arbeitsbeschaffung" und "Umbau der Wirtschaft". Die Konzeptionen der deutschen Sozialdemokratie zur Überwindung der Wirtschaftskrise (1930-1933)* 475
- ULRICH HEINEMANN - *Linksopposition in der Sozialdemokratie und die Erfahrungen der SAP in der Weimarer Republik* 497
- GÖRAN THERBORN - *The Coming of Swedish Social Democracy* 527
- MARIO TELÒ - *Le origini del modello svedese* 595
- FRANÇOIS BÉDARIDA - *Le mouvement travailliste et la grande crise. Politique, économie, culture 1929-1935* 641
- LEONARDO RAPONE - *Il Partito socialista italiano fra Pietro Nenni e Angelo Tasca* 661
- NATHANAEL GREENE - *French Socialism and Reform of the State from the Great Depression to the Popular Front* 711
- DANIELLE TARTAKOWSKY - *La SFIO et le fascisme dans les années trente* 725
- LÉO HAMON - *Réforme et pouvoir dans la pensée et la pratique de Léon Blum* 747
- BERTUS WILLEM SCHAPER - *Albert Thomas, esponente del Riformismo* 781
- RICARD VINYES - *Marxismo e questione nazionale nel socialismo catalano* 823
- SANTOS JULIÁ - *Largo Caballero y la lucha de tendencias en el socialismo español (1923-1936)* 887
- MAREK WALDENBERG - *L'ideologia del socialismo polacco tra le due guerre* 887
- JIŘÍ HÁJEK - *La socialdemocrazia in Cecoslovacchia: la difesa della repubblica democratica* 933

Zwischen "Arbeitsbeschaffung" und "Umbau der Wirtschaft". Die Konzeptionen der deutschen Sozialdemokratie zur Überwindung der Wirtschaftskrise (1930-1933)

Lange Zeit schienen die Lehren, die aus dem Scheitern der Weimarer Republik zu ziehen seien, bei kaum einem Problem so unumstritten zu sein, wie bei der Frage der "richtigen" Politik zur Überwindung von Wirtschaftskrisen; Forderungen der "konjunkturpolitischen Reformen", der "Keynesianer vor bzw. ohne Keynes" galten als einzige erfolgversprechende Alternative zur Deflationspolitik der Regierung Brüning.¹ Solange sich die Instrumente der 1936 von John Maynard Keynes² umfassend vorgelegten Konzeption einer antizyklischen Konjunkturpolitik — bestärkt durch die Überwindung der Rezession 1966-67 in der Bundesrepublik Deutschland — allgemeiner Anerkennung erfreuten, solange herrschte nahezu Einigkeit darüber, daß 1931-32 in Deutschland eine große Chance verpaßt worden sei, durch eine defizitär finanzierte Arbeitsbeschaffungspolitik die Wirtschaftskrise zu überwinden; unter Umständen hätten dann — so wurde mehr oder weniger deutlich vermutet — die katastrophalen sozialen und vor allem politischen Folgen der Krise in Deutschland vermieden werden können.³

Die in die Wirksamkeit einer defizitären Arbeitsbeschaffungspolitik zur Ankurbelung der Wirtschaft gesetzten Erwartungen sind inzwischen — in der Weltwirtschaftskrise der 70er und 80er Jahre — schwer erschüttert worden, was nicht ohne Rückwirkungen auf die Einschätzung der Wirtschaftspolitik zu Beginn der 30er Jahre bleiben konnte. Nach Ansätzen einer eher behutsamen Relativierung allzu euphorischer Hoffnungen auf die Erfolge einer antizyklischen Konjunkturpolitik⁴ zeigt sich in jüngster Zeit der Versuch einer "Revision des überlieferten Geschichtsbildes"⁵, der seine Re-

¹ Siehe insbesondere WILHELM GROTKOPP, *Die große Krise. Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929/32*, Düsseldorf 1954.

² Siehe JOHN MAYNARD KEYNES, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* (engl. 1936), 3. Aufl., Berlin 1966.

³ Siehe z.B. W. GROTKOPP, *Die große Krise*; ROBERT A. GATES, *The Economic Policies of the German Free Trade Unions and the German Social Democratic Party 1930-1933*, Ph. D. University of Oregon 1970; MICHAEL SCHNEIDER, *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik*, Bonn-Bad Godesberg 1975.

⁴ Siehe MICHAEL SCHNEIDER, *Konjunkturpolitische Vorstellungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Zur Entwicklung des Arbeitsbeschaffungsplans des ADGB*, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 226-237, hier S. 236 f.

⁵ Siehe KNUT BORCHARDT, *Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichts-*

sonanz wohl auch und gerade der aktuellen wirtschaftspolitischen Situation zu verdanken hat.

Gewiß ist es die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die auch die Beschäftigung mit den Krisenkonzeptionen der deutschen Sozialdemokratie zu Beginn der 30er Jahre stimuliert. So verstehen sich die folgenden Überlegungen nicht nur als Beitrag zur Kontroverse um die Geschichtsschreibung über die Endphase der Weimarer Republik, sondern auch und vor allem als Beitrag zur aktuellen Diskussion um die Krisenpolitik der deutschen Sozialdemokratie.⁶ Zunächst soll es darum gehen, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer Krisenkonzeption zu beleuchten, d.h. skizzenhaft die theoretischen Grundlagen sozialdemokratischer Politik und dann die wirtschaftliche Situation zu Beginn der 30er Jahre nachzuzeichnen (I). Sodann wird die sozialdemokratische Analyse der Krisenursachen beleuchtet (II), auf deren Basis von Sozialdemokratischer Partei Deutschlands (SPD), Allgemeinem Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und Allgemeinem freien Angestelltenbund (AfA-Bund) — um nur die stärksten Organisationen der Sozialdemokratie zu nennen — Vorschläge zur Krisenbekämpfung entwickelt wurden (III). Eine neue Qualität erhielt die Debatte um die Krisenpolitik durch die Auseinandersetzungen um den Arbeitsbeschaffungsplan des ADGB seit Sommer 1931 (IV) und dann um die "Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft" (V), die schließlich als Ausdruck des Dilemmas der sozialdemokratischen Politik (VI) zu betrachten sind.

1. Zu den Voraussetzungen der sozialdemokratischen Krisenpolitik: die Theorie des "organisierten Kapitalismus" und der Beginn der Weltwirtschaftskrise

Der Wirtschaftsboom in den USA und die Anzeichen einer Konsolidierung auch der deutschen Wirtschaft Mitte der zwanziger Jahre hatten dazu beigetragen, daß sich trotz Nachkriegswirren und Inflation in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung — auch bei Nationalökonomien und Politikern, bei Industriellen und Gewerkschaftern — rasch eine überaus optimistische Einschätzung der weiteren Entwicklung der privatkapitalistisch organisierten Wirtschaft durchsetzte. Daß man — auch nach dem Erlebnis der Hochinflation — kaum Instrumente für eine aktive Krisenbekämpfung vorbereitet hatte, mochte für die liberaler Wirtschaftsdeologie anhängenden Industriellen, bürgerlichen Politiker und Vertreter der etablierten Nationalökonomie geradezu selbstverständlich sein. Daß auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung — die SPD stellte von 1928 bis März 1930 mit Hermann Müller den Reichskanzler und (kurzfristig) mit Rudolf Hilferding

bildet, in *Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas*, hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 318-339. Vgl. dazu CLAUS-DIETER KROHN, "Ökonomische Zwangslagen" und das Scheitern der Weimarer Republik. Zu Knut Borchardts Analyse der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren, in "Geschichte und Gesellschaft", 1982, S. 415-426; KNUT BORCHARDT, *Zum Scheitern eines produktiven Diskurses über das Scheitern der Weimarer Republik: Replik auf Claus-Dieter Krohns Diskussionsbemerkungen*, in "Geschichte und Gesellschaft", 1983, S. 124-137. Vgl. auch unten Anm. 96.
⁶ Siehe zuletzt EBERHARD HEUPEL, *Reformismus und Krise. Zur Theorie und Praxis von SPD, ADGB und AfA-Bund in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932/33*, Frankfurt/New York 1981; Vgl. auch FRANZ RITTER, *Theorie und Praxis des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik*, Frankfurt/New York 1981. Zur Diskussion in Italien vgl. GUSTAVO CORNI, *Systemkrise, Arbeiterbewegung und der Weg zum Sozialismus. Das Ende der Weimarer Republik in der italienischen Diskussion der 70er Jahre*, in "Neue Politische Literatur" 1981, S. 226-236 (bes. über die Arbeiten von G. Enrico Rusconi und

den Finanzminister der Regierung der Großen Koalition — der beginnenden Wirtschaftskrise zunächst ratlos gegenüberstand, ist demgegenüber Ausdruck des Unvermögens, die immer aufs neue bekundete Einsicht in die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus mit der Neueinschätzung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft durch die "Theorie des organisierten Kapitalismus" praxisorientiert zu verbinden.

Rudolf Hilferding hatte bereits in seinem 1910 erschienenen Werk *Das Finanzkapital* die Ansicht vertreten, mit der zunehmenden wirtschaftlichen Konzentration und der Organisation der Arbeitsmarktparteien in Kartellen und Verbänden wachse auch der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft. Schon damals glaubte er aus der Erkenntnis, daß es der Bourgeoisie offenbar gelungen war, ihre wirtschaftliche Macht durch politischen Einfluß abzusichern, den Schluß ziehen zu können, in den Händen der Arbeiterschaft könne — nun umgekehrt — die politische Macht zum Instrument auch ihrer wirtschaftlichen Befreiung werden.⁷ Inwiefern die wirtschaftliche auch die politische Macht bedingt, wurde schon in dieser Analyse nicht ausreichend problematisiert.

1924 glaubte Hilferding dann — so sein Aufsatz in der ersten Nummer der "Gesellschaft"⁸ — davon ausgehen zu können, daß der Staat unter den Bedingungen der Weimarer Republik und durch die Entwicklung der Wirtschaft zum "organisierten Kapitalismus" nicht mehr als Instrument allein der wirtschaftlich Herrschenden zur Vertretung ihrer Interessen angesprochen werden dürfe; die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft stünde vielmehr in zunehmendem Maße dem gleichberechtigten Einfluß der Arbeitnehmerschaft offen. Überdies vermutete Hilferding, daß die Tendenz zur Organisierung des Kapitalismus die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft herabsetze.

Hilferdings Theorie — konkretisiert und popularisiert schließlich in seiner Rede auf dem Kieler Parteitag der SPD (1927)⁹ — war sowohl Wegbereiter der sozialdemokratischen Koalitionspolitik (1928-1930) als auch theoretische Untermauerung einer Konzeption zur weiteren Demokratisierung der Weimarer Republik: Etwa gleichzeitig wurden im Jahre 1925 — auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß und dem Heidelberger Parteitag der SPD — von beiden Säulen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Globalforderungen artikuliert, die auf der Erkenntnis basierten, die politische Demokratie bedürfe der Ergänzung und Absicherung durch eine Demokratisierung der Wirtschaft. Konkrete Vorschläge formulierte jedoch erst eine vom ADGB-Bundesvorstand berufene Kommission, deren Arbeitsergebnisse von Fritz Naphtali, dem Leiter der von Freien Gewerkschaften und SPD gemeinsam getragenen Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, zusammengefaßt und 1928 publiziert wurden.¹⁰ Naphtali betonte, daß "Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie [...] als Endziel untrennbar miteinander verknüpft" bleiben sollten; dementsprechend werde die Demokratisierung der Wirtschaft nicht die weiterhin anzustrebende Sozialisierung ersetzen, sondern ergänzen. Konkret gefordert wurde die Ausdehnung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sowie der öffentlichen Wirtschaft; schließlich sollte

⁷ Siehe RUDOLF HILFERDING, *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus* (1910), Frankfurt/Wien 1968, S. 475 ff.

⁸ Siehe RUDOLF HILFERDING, *Probleme der Zeit. Ein Geleitwort*, in "Die Gesellschaft", I (April) 1924, S. 1-17.

⁹ Siehe RUDOLF HILFERDING, *Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik. Vortrag auf dem SPD-Parteitag in Kiel 1927*, Breslau 1927.

¹⁰ Siehe FRITZ NAPHTALI, *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Berlin 1928, hier S. 16.

drittens der Aufbau von Selbsthilfeorganisationen, besonders der Konsumgenossenschaften, forciert werden.

Die grundsätzliche Problematik dieses "Gegenmachtmodells", das vom Hamburger Gewerkschaftskongreß als programmatische Forderung des ADGB angenommen wurde,¹¹ liegt sicherlich vor allem darin, daß es auf demokratischem Wege realisiert werden sollte. Naphtali war sich dieses Dilemmas durchaus bewußt: "Man braucht die Mehrheit, um die privilegierte Stellung der Besitzenden zu brechen, und man konnte bis jetzt keine Mehrheit gegen die privilegierte Stellung zusammenbringen, eben darum, weil sie noch nicht gebrochen war".¹² Die Wirtschaftsdemokratie-Konzeption basierte mit der Annahme, der Kapitalismus sei zu biegen und dann zu brechen, auf dem Gedanken systemüberwindender Reformen, dessen Realitätsbezug Naphtali zwar als Problem erkannte, ohne daß daraus jedoch eine Diskussion der Mittel abgeleitet worden wäre, die es zur Durchsetzung dieser Forderung einzusetzen gelten könnte. Gerade dies war der Punkt, an dem sich die innergewerkschaftliche (und auch innerparteiliche) Kritik vor allem der "Linken" entzündete,¹³ die sich jedoch auf den unter dem selbstaufgelegten Zwang zum Bild der Geschlossenheit stehenden Parteitag bzw. Gewerkschaftskongressen kaum zu artikulieren vermochte. Festzuhalten ist, daß weder die Theorie des organisierten Kapitalismus noch das Wirtschaftsdemokratie-Programm eine realitätsnahe Handlungsanweisung für Zeiten wirtschaftlicher Krise anboten. Nicht zuletzt deswegen traf die Wirtschaftskrise, die sich ab 1929 abzeichnete, die Sozialdemokratie relativ unvorbereitet.

Erste Anzeichen eines Konjunkturrückgangs zeigten sich in Deutschland bereits 1928; die Gewinne stagnierten oder sanken — von (geschätzt) 3,3 Milliarden RM im Jahre 1927 über 3,2 Mrd. RM (1928) auf 2,2 Mrd. RM (1929).¹⁴ Auch die Investitionstätigkeit ließ nach; angesichts von Kostensteigerungen einerseits, Absatzschwierigkeiten andererseits, sanken die Gewinnerwartungen der Unternehmen, die dementsprechend Investitionstätigkeit und Produktionsausmaß drosselten. Ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit und ein Sinken der Einnahmen der öffentlichen Hand waren direkte Folgen des schrumpfenden Wirtschaftsvolumens. Gerade der Rückgang der Steuereinnahmen — von 20,1 Mrd. RM (1929/30) auf 13,8 Mrd. RM (1932/33)¹⁵ — begrenzte den Handlungsspielraum des Staates für direkte Arbeitsbeschaffung, der nur durch den Mut zu einer defizitären Konjunkturpolitik hätte erweitert werden können. Die Regierung Brüning unterwarf sich gemäß einer primär außenpolitischen Prioritätensetzung dem "Zwang zum Sparen": Sie versuchte immer wieder, durch Ausgaben- und Leistungskürzungen den Reichsetat den verminderten Einnahmen anzupassen; damit trug sie ohne Zweifel zur Verschärfung der Krise bei, deren Ausmaß wohl am deutlichsten die Entwicklung der Arbeitslosigkeit spiegelt: Von fast 2 Millionen im Jahre 1929 stieg die Zahl der Arbeitslosen über 3 (1930) und 4,5 Millionen (1931) dann auf über 5,5 Millionen (1932); mit über 6,2 Millionen erreichte sie im Februar 1932 ihren Höchststand.

¹¹ Siehe Protokoll des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten vom 3.-7. September 1928, Berlin 1928, bes. S. 180 ff.

¹² Siehe F. NAPHTALI, *Wirtschaftsdemokratie*, S. 15.

¹³ Vgl. z.B. FRITZ NAPHTALI, *Debatten zur Wirtschaftsdemokratie*, in "Die Gesellschaft", I, 1929, S. 210-219.

¹⁴ Zahlen nach GERHARD KROLL, *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, Berlin 1958, S. 84.

¹⁵ Zahlen nach HORST SANMANN, *Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning*, in "Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik", 10, 1965, S. 109-140, hier S. 113.

Wenn man sich auch bewußt sein muß, daß die Wirtschaftskrise "weltweit [war], da sie sich aus der Logik des Wirtschaftsprozesses der kapitalistischen Industrieländer ergab",¹⁶ so seien hier doch nur die besonderen Bedingungen der deutschen Entwicklung beleuchtet. Zu denken ist insbesondere an die Folgen des verlorenen Krieges, an Gebietsabtretungen und vor allem an die Problematik der Reparationen und Auslandsanleihen; zu erinnern ist an die Inflation, deren Erfahrung dann zu Beginn der 30er Jahre die Möglichkeiten einer defizitären Konjunkturpolitik begrenzte. Zu bedenken ist auch die Zunahme des Anteils der öffentlichen Ausgaben am Brutto-sozialprodukt von 15% im Jahre 1913 auf 31% im Jahre 1929; dies war zum einen auf die im Gefolge des Krieges notwendigen Sozialleistungen, dann aber auch auf die bewußte Ausdehnung des "Sozialinterventionismus" und auf den gestiegenen Subventionsbedarf von Industrie und Landwirtschaft zurückzuführen. Der öffentlichen Hand war — wie Dietmar Petzina feststellt — "auf allen Ebenen eine Schlüsselrolle zugewachsen, die sie sowohl positiv zur Anregung als auch negativ zur Restriktion ökonomischer Aktivitäten nutzen konnte".¹⁷

Nicht unerwähnt bleiben dürfen auch die Strukturveränderungen der deutschen Wirtschaft: Während die Mitte der 20er Jahre vorangetriebene Rationalisierung zu einem hohen Sockel an Arbeitslosigkeit beitrug, führte die fortschreitende Konzentration und Kartellierung der Unternehmen zu einer "Vermachtung" der Wirtschaft, die die Unflexibilität etwa in der Preisgestaltung unterstützte. Damit waren die Ausgangsbedingungen für die deutsche Wirtschaft Ende der 20er Jahre — denkt man zudem an die Krise der Landwirtschaft — besonders schlecht, um die Weltwirtschaftskrise mit ihrer Desintegration des Welthandels, die gerade eine so extrem exportabhängige Industrie wie die deutsche hart treffen mußte, zu überstehen.¹⁸

Die hier nur knapp aufgelisteten Krisenbedingungen in Deutschland leiten direkt über zu der Frage nach den Ursachen der Weltwirtschaftskrise, wie sie in zeitgenössischen Analysen der Sozialdemokratie gestellt und zu beantworten versucht wurde.

2. Sozialdemokratische Analysen zu den Ursachen der Weltwirtschaftskrise¹⁹

Wie gesagt schätzte die Sozialdemokratie keineswegs sofort die sich 1929 abzeichnende Tendenz zu wirtschaftlicher Stagnation und dann den Anstieg der Arbeitslosigkeit im Winter 1929-30 als Beginn einer Krise bisher ungekannten Ausmaßes ein. Erst im Frühjahr 1930 — zur Zeit des Bruchs der großen Koalition — wurde registriert, daß die Krise nicht nur weltweit, sondern zudem von besonderer Schwere und Komplexität sei. Zugleich setzte die Forschung nach den Ursachen der Krise im Sinne einer Herausarbeitung der Voraussetzungen für Maßnahmen zur Krisenbehebung ein; forcierte Ra-

¹⁶ DIETMAR PETZINA, *Zur Interpretation der Weltwirtschaftskrise in Deutschland*, in *Probleme der Geschichtswissenschaft*, hrsg. von Géza von Alföldy u.a., Düsseldorf 1973, S. 156-170, hier S. 157.

¹⁷ Siehe DIETMAR PETZINA, *Elemente der Wirtschaftspolitik in der Spätphase der Weimarer Republik*, in "Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte" (VFZ) 21, 1973, S. 127-133, hier S. 128.

¹⁸ Siehe dazu zuletzt KNUT BORCHARDT, *Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik*, in *Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute*, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze, Düsseldorf 1980, S. 211-249.

¹⁹ Siehe dazu E. HEUPEL, *Reformismus und Krise*, S. 54-62.

tionalisierung und Zunahme der erwerbsfähigen Bevölkerung einerseits, Steigerung der Produktion und hohes Preisniveau andererseits galten dem ADGB zusammen mit der hohen Arbeitslosigkeit als Indikatoren der Krise, wobei die "außerordentliche Kürze der Konjunkturwellen" hervorgehoben wurde.²⁰ Diese Krisenbeschreibung, die auf einer Auswertung der Wirtschaftsentwicklung seit 1925 basierte, stimmte in den Grundzügen mit der von Fritz Naphtali im November 1930 vorgelegten Analyse überein.²¹

Beide Analysen gingen davon aus, daß jede Krise im kapitalistischen Wirtschaftssystem auf Disproportionalitäten basiere, die aus dem unterschiedlichen Wachstum der einzelnen Produktionszweige, speziell zwischen Produktionsmittel- und Konsumtionsindustrien, herrühre, das seinerseits auf divergierende Entwicklungen von Löhnen und Profiten zurückzuführen sei.²² Beachtenswert ist, daß Naphtali diese Disproportionen — wie Emil Lederer²³ — als zwangsläufige Folge der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung interpretierte;²⁴ Wladimir Woytinsky, dessen Arbeitsbeschaffungsplan weiter unten zu betrachten sein wird, ging demgegenüber davon aus, durch eine gleichgewichtige Steigerung von Löhnen und Arbeitsproduktivität könne die Lohnquote konstant gehalten werden, so daß Konsum und Kapitalbildung gleichermaßen gesichert seien.²⁵

Diesen Optimismus teilte jedoch innerhalb der sozialdemokratischen Krisendiskussion kaum einer der Wirtschaftspolitiker bzw. -theoretiker. Vielmehr galt als ausgemacht, daß neben den Disproportionalitäten zwischen Produktion und Konsumtion auch die Gesetze der Kapitalbildung beleuchtet werden müßten; Kapitalfehlleitung und damit Kapitalmangel waren die Stichworte, mit denen die Planlosigkeit kapitalistischen, d.h. allein profitorientierten, Wirtschaftens gekennzeichnet wurde.²⁶

Diese dem kapitalistischen Wirtschaftssystem immanenten Tendenzen seien durch die ungeplante Rationalisierung der 20er Jahre²⁷ und durch den Prozeß der Konzentration und Monopolisierung verschärft worden. Da die Monopole durch Ausschaltung der Konkurrenz überdurchschnittlich hohe Gewinne zu erwirtschaften in der Lage seien, würden in den monopolistischen Industrien Überinvestitionen hervorgerufen, die die ohnehin bestehenden Disproportionalitäten noch verschärften.²⁸ Damit wurde in der Weltwirtschaftskrise die erst 1927 auf dem Kieler SPD-Parteitag von Rudolf Hilferding entwickelte Erwartung, die Krisen würden sich durch die Tendenz zum "organisierten Kapitalismus" abschwächen, unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise revidiert.

Fritz Tarnow, Holzarbeiterführer und sozialdemokratisches Reichstagsmitglied, übernahm diese Revision auf dem Leipziger SPD-Parteitag 1931.

²⁰ *Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen. Die Entwicklung in Deutschland von 1925 bis 1930*, für die Funktionäre hrsg. von ADGB, AfA-Bund und ADB, Berlin 1930 (Vorwort vom März 1930).

²¹ Siehe FRITZ NAPHTALI, *Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, volkstümlich dargestellt nach einem Vortrag in der Freien Sozialistischen Hochschule in Berlin vom 8.11.1930*, Berlin 1930.

²² *Ebenda*, S. 10 f.

²³ Siehe EMIL LEDERER, *Konjunktur und Krisen*, in *Grundriß der Sozialökonomik*, IV. Abteilung, Tübingen 1925, S. 354-413, hier S. 387 ff.

²⁴ Siehe dazu auch FRITZ NAPHTALI, *Ursache und Überwindung der Wirtschaftskrise*, in "Gewerkschafts-Zeitung" (GZ), Nr. 48 vom 29.11.1930, S. 754 f.

²⁵ Siehe WLADIMIR WOYTINSKY, *Die Entwicklung der Wirtschaft und das Lohnproblem*, in: "GZ", Nr. 9 vom 1.3.1930, S. 129-132. Vgl. dazu die Kritik von E. HEUPEL, *Reformismus und Krise*, S. 277 f.

²⁶ Siehe *Wirtschaftslage*, S. 29 ff.

²⁷ Siehe F. NAPHTALI, *Wirtschaftskrise*, S. 16 f.

²⁸ Siehe *ebda.* S. 20; vgl. auch G. KRÖLL, *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, S. 91.

Im Zuge der kapitalistischen Konzentration würden zwar — so führte er unter dem programmatischen Titel "Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse" aus²⁹ — einzelne Wirtschaftsbereiche, nicht aber die Gesamtwirtschaft planmäßig organisiert. Durch diese Entwicklung würden die Krisen sogar verschärft und zudem der Weg zur Wirtschaftsbelebung verstellt, könnten doch die Kartelle und Trusts den Preismechanismus durch die Vermachtung der Märkte außer Kraft setzen; die Preisbildung gehorche nicht (mehr) — wie im Kapitalismus der (relativ) freien Konkurrenz — dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Anfang Juni 1931 — noch vor der Bankenkrise des Juli 1931³⁰ — bestand wohl Einigkeit innerhalb der Sozialdemokratie über Tarnows Annahme, daß die "gegenwärtige Krise [...] zweifellos tiefgreifender [sei] als alle früheren Krisen". Und Einigkeit bestand wohl auch — bei allenfalls unterschiedlicher Akzentsetzung — über die wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Krise.³¹

Für die Situation in Deutschland wurde überdies — ab Herbst 1930 — das Problem der Reparationen nicht als Ursache, wohl aber als ein zentraler Faktor der Verschärfung der Krise genannt. Durch die Reparationslast werde nicht nur Kapital abgezogen, das in Deutschland nötig gebraucht würde, sondern zudem der internationale Kapitalmarkt durch politische Auflagen gestört.³² Die Forderung nach Streichung der Reparationen gewann innerhalb der Sozialdemokratie — ausgehend von den Gewerkschaften — jedoch nur langsam an Boden. Zwar wollte man sich wohl aus Gründen der Wahlkonkurrenz das reparationspolitische Argument nicht völlig nehmen lassen, doch verbat man Hoffnungen auf eine tragbare Verhandlungslösung ein eindeutiges Einschwenken in die Front der Reparationsgegner.³³

Ebenfalls zu den — deutlich politisch vermittelten — Faktoren der Krisenverschärfung zählte die Sozialdemokratie die innenpolitische Situation Deutschlands; der Abzug von Krediten und die Kapitalflucht aus Deutschland im Herbst 1930 galten als Folge des Wahlerfolgs der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930.³⁴ Auch die Bankenkrise vom Juli 1931, die schließlich zu einem einjährigen Moratorium der deutschen Zahlungsverpflichtungen führte, galt als Folge einer Vertrauenskrise ausländischer Kreditgeber gegenüber der innenpolitischen Stabilität Deutschlands.³⁵

3. Erste Vorschläge und Forderungen zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise

Vor allem die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen signalisierte das sprunghaft wachsende Ausmaß der wirtschaftlichen und sozialen Krise. Von daher ging es SPD und Gewerkschaften vorrangig um die Ausarbeitung und Durchsetzung von Maßnahmen, die direkt zur Herabsetzung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze führen sollten. Höchste Priorität hatte die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit, durch die

²⁹ Siehe FRITZ TARNOW, *Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse*, in *Protokoll des Parteitagess der SPD 1931 in Leipzig*, Berlin 1931, S. 33-52, bes. S. 39.

³⁰ Siehe grundlegend KARL ERICH BORN, *Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik*, München 1967.

³¹ Zur Position der "Linken" siehe E. HEUPEL, *Reformismus und Krise*, S. 61 f.

³² F. NAPHTALI, *Wirtschaftskrise*, S. 18 und S. 48.

³³ Siehe WOLFGANG J. HELBICH, *Die Reparation in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932*, Berlin 1962, S. 19 f.

³⁴ Siehe z.B. F. NAPHTALI, *Wirtschaftskrise*, S. 21 ff. Vgl. ROLF E. LÜKE, *Von der Stabilisierung zur Krise*, Zürich 1958, S. 262 f.

³⁵ Siehe dazu K.E. BORN, *Die deutsche Bankenkrise*, S. 102 ff.

die (noch) vorhandenen Arbeitsplätze auf eine größere Anzahl von Arbeitern verteilt werden sollte. So schien der argumentative Hinweis auf die Wirtschaftskrise die von den Gewerkschaften seit langem erhobene Forderung nach gesetzlicher Fixierung der 40-Stunden-Woche nachdrücklich zu legitimieren.³⁶ Dementsprechend wurde diese Forderung auch nach Propagierung des Arbeitsbeschaffungsplans vom April 1932 aufrechterhalten, dessen Maßnahmen sie flankierend unterstützen sollte.³⁷

Parallel zur publizistischen Verbreitung des Gedankens einer Arbeitszeitverkürzung wurden Versuche unternommen, die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche durch Eingaben z.B. bei der Preußischen Regierung³⁸ und der Reichsregierung³⁹ direkt anzumelden, obwohl die Effektivität der geforderten Maßnahme unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen auch bei SPD und Gewerkschaften durchaus umstritten war. So wurde nicht nur eingestanden, daß die Realisierung der Arbeitszeitverkürzung angesichts des Kosten- und damit Konkurrenzproblems auch in den gewerkschaftlichen Unternehmen mit Schwierigkeiten verbunden sei;⁴⁰ auch die erhoffte Wirkung — die Erweiterung des Arbeitsplatzangebots — wurde in Zweifel gezogen.⁴¹ Gerade auch unter Berücksichtigung der Unmöglichkeit, einen Lohnausgleich durchzusetzen, wurde die Verkürzung der Arbeitszeit von manchem Gewerkschafter als "Verteilung der Not" abgelehnt.⁴² Dennoch blieb der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ein bevorzugter Platz in dem Katalog von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit reserviert, zumal es hier gelungen war, Einigkeit zwischen ADGB und SPD herzustellen.⁴³

Wie gesagt wurde diese Forderung seit 1930 immer wieder — in Resolutionen, Kundgebungen und Eingaben insbesondere an die Regierung Brüning — vorgetragen. Durchzusetzen vermochte sich jedoch — schon dies ist ein Indiz für die Interessenbindung der Regierung Brüning — der Standpunkt der organisierten Arbeitgeberschaft, die jegliche "schematische", gemeint war: gesetzliche, Verkürzung der Arbeitszeit als unberechtigten Staatseingriff in die Wirtschaft ablehnte, der überdies wegen der — wie es hieß — damit verbundenen höheren Kostenbelastung der Wirtschaft zu verstärkter Arbeitslosigkeit führen müsse.⁴⁴

Weitestgehende Übereinstimmung zwischen ADGB und SPD bestand auch in der Beurteilung der Lohn-Preis-Frage, die sich angesichts der deflation-

nistischen Politik der Regierung Brüning zunehmend schärfer stellte. Stimmte der ADGB auch mit der Regierungspolitik (und den Vorstellungen der Unternehmerschaft) überein, wenn es darum ging, Preissenkungsaktionen durchzuführen,⁴⁵ so fand dieser Konsens doch seine Grenze in der unterschiedlichen Einschätzung des Kaufkraftproblems. Dies zeigte sich besonders deutlich in den Besprechungen von Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, die im Frühsommer und Herbst/Winter 1930-31 (zum Teil auf Initiative des Reichsarbeitsministeriums) geführt wurden.⁴⁶ Einig war man sich über die Notwendigkeit von Preissenkungsmaßnahmen; während jedoch die Regierung mit ihrer Politik der insbesondere von Industrieverbänden vertretenen Forderung nach Senkung der Gesteuerungskosten (Steuern, Löhne, Sozialabgaben) als Voraussetzung für Preissenkungen folgte, um auf diesem Wege — wie es hieß — die Wettbewerbsfähigkeit der exportabhängigen deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu sichern bzw. wiederherzustellen, wiesen die Gewerkschaften darauf hin, daß nicht in einer Steigerung des Exports, sondern in Anreizen für die Binnennachfrage der Ausweg aus der Krise zu suchen sei. Der ADGB blieb damit zunächst auf dem Kurs, der mit der seit Mitte der zwanziger Jahre — vor allem von Fritz Tarnow — vertretenen Kaufkrafttheorie vorgezeichnet war⁴⁷; mit dieser Theorie wurde den Gewerkschaften in argumentativem Überschreiten der Grenzen traditioneller Tarifpolitik eine gesamtwirtschaftliche und auch konjunkturpolitische Funktion und damit Verantwortung zugewiesen, der der ADGB unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise durch die Forderung nach Preisabbau bei Lohnstabilisierung gerecht zu werden versuchte.

Die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Stellungnahmen gegen den forcierten Lohnabbau,⁴⁸ d.h. gegen die Lohnkostensenkung als Voraussetzung der Preissenkung, waren zumeist verbunden mit kritischen Äußerungen zur Zielrichtung der Notverordnungs politik.⁴⁹ Der in der Argumentation für Preis-, aber gegen Lohnabbau anklingende Hinweis auf die Bedeutung der Kaufkraftentwicklung für den Konjunkturverlauf⁵⁰ bildete den Ansatzpunkt der damit nur sehr bedingt auf einer konjunkturtheoretischen Analyse basierenden Arbeitsbeschaffungsprogrammatische des ADGB; diese Gedankengänge wurden — wie die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit — neben der publizistischen Vertretung auch in Eingaben an die Reichsregierung herangetragen.⁵¹

Auch mit dieser Forderung vermochte sich der ADGB nicht bei den Regierungen Brüning und dann Papen durchzusetzen, die — in Überein-

³⁶ Vgl. die Entschließung des Ausschusses des ADGB vom 5.5.1930, in: "GZ", Nr. 19 vom 10.5.1930, S. 299; vgl. auch THEODOR LEIPART, *Gewerkschaften und Wirtschaftskrise*, in "GZ", Nr. 48 vom 29.11.1930, S. 758.

³⁷ Vgl. THEODOR LEIPART, *Die Aufgabe des Krisenkongresses. Eröffnungsrede vom 13.4.1932*, in "GZ", Nr. 17 vom 23.4.1932, S. 260.

³⁸ Siehe Schreiben des ADGB (Spliedt, Woytinsky) an den Preußischen Minister des Inneren vom 27.4.1932 (Archiv der sozialen Demokratie, Nachlaß Severing, Mappe 53, Nr. 54).

³⁹ Siehe Schreiben der ADGB- und AFA-Bundesvorstände an Brüning vom 23.4.1931, in "GZ", Nr. 18 vom 2.5.1931, S. 273 f.; vgl. Schreiben Leiparts an Brüning vom 30.5.1931, in "GZ", Nr. 23 vom 6.6.1931, S. 353.

⁴⁰ Vgl. FRIEDRICH BARTELS, *Kassenbericht*, in *Protokoll des Parteitags der SPD 1931 in Leipzig*, Berlin 1931, S. 247.

⁴¹ Vgl. FRANZ HERING, *Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung?*, in "Die Arbeit", Nr. 4, April 1930, S. 247-252.

⁴² Siehe WLADIMIR WOYTINSKY, *Arbeitslosigkeit oder verkürzte Arbeitszeit*, in "Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung", Morgenausgabe, Nr. 555 vom 25.11.1930; ERICH MÄDER, in *Protokoll des Parteitags der SPD 1931 in Leipzig*, S. 63.

⁴³ Vgl. Entschließung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Sitzung am 3.10.1930, in: "GZ", Nr. 41 vom 11.10.1930, S. 650.

⁴⁴ Siehe dazu MICHAEL SCHNEIDER, *Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933*, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 118 ff.

⁴⁵ Vgl. ALFRED BRAUNTHAL, *Preise und Löhne in der Wirtschaftskrise*, in "GZ", Nr. 51 vom 20.12.1930, S. 801-803.

⁴⁶ Vgl. zu den Gesprächen vom Frühsommer und November/Dezember 1930: M. SCHNEIDER, *Unternehmer und Demokratie*, S. 126 ff.; UDO WENGST, *Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930*, in "VfZ" 1977, S. 99-119; MICHAEL GRÜBLER, *Die Spitzenverbände der Wirtschaft und das erste Kabinett Brüning. Eine Quellenstudie*, Düsseldorf 1982, S. 160 ff. und 324 ff.

⁴⁷ Siehe FRITZ TARNOW, *Warum arm sein?*, Berlin 1928.

⁴⁸ Siehe z.B. ADOLF LÖWE, *Lohn, Zins - Arbeitslosigkeit*, in "Die Arbeit", Nr. 7, Juli 1930, S. 425-430; *Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, Interpellation im Reichstag eingebracht*, in "GZ", Nr. 51 vom 20.12.1930, S. 808.

⁴⁹ Siehe z.B. *Gewerkschaften und Notverordnung*, in "GZ", Nr. 51 vom 19.12.1931, S. 801-806; *Leipart und Breitscheid über die Notverordnung. Kundgebung von Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei am 16.12.1931*, Berlin 1931; vgl. auch *Die Gewerkschaften und die Notverordnung*, in "GZ", Nr. 38 vom 17.9.1932, S. 595-599.

⁵⁰ Siehe A. LÖWE, *Lohn*; FRITZ NAPHTALI, *Ursache und Überwindung der Wirtschaftskrise; Programm der Schwerindustrie*, in "GZ", Nr. 34 vom 20.8.1932, S. 529 f.

⁵¹ Siehe *Die Gewerkschaften beim Reichspräsidenten*, in "GZ", Nr. 9 vom 28.2.1931, S. 129 und Nr. 10 vom 7.3.1931, S. 153 f.; Schreiben Leiparts an Brüning vom 7.12.1931 (Bundesarchiv Koblenz, R. 43 I, 1161, Nr. 105); *Die Gewerkschaften beim Reichskanzler*, in "GZ", Nr. 51 vom 19.12.1931, S. 807.

stimmung mit wesentlichen Forderungen der Unternehmerverbände⁵² — unter tendenzieller Entmachtung des Parlaments eine Notverordnungs politik des sozialen Abbaus und damit der Beschneidung der Massenkaukraft betrieben. Überhaupt war es kennzeichnend für die unternehmerische Argumentation, daß sie jede, so auch die aus der Kaufkrafttheorie hergeleitete Forderung nach Stärkung der Binnennachfrage in den Zusammenhang einer — nach Ansicht der Unternehmerverbände — die Alleinherrschaft in Wirtschaft und Gesellschaft anstrebenden Gewerkschaftspolitik rückte. Jede weitere Konkretisierung gewerkschaftlicher Vorstellungen, dem Staat sozial- und wirtschaftspolitische Steuerungsbefugnisse zuzuweisen, stieß von daher auf eine sich zunehmend verhärtende Abwehr. Nicht übersehen werden darf jedoch auch, daß die Kaufkrafttheorie in interessenspezifischer Einseitigkeit die Bedeutung der Massenkaukraft hervorhob, die unter konjunkturpolitischem Aspekt innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft doch zumindest ebenso große Wichtigkeit der mit Profiterwartungen verknüpften Investitionsbereitschaft der Unternehmen jedoch übergang und somit sowohl Ansatzpunkte zu unternehmerischer Kritik als auch zu innergewerkschaftlichen Überlegungen bot, diese Theorie den Realitäten der kapitalistischen Wirtschaft anzupassen.

Die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Lohnstabilisierung erhielten zwar durch die Wirtschaftskrise einen erhöhten Stellenwert in der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, sie waren indessen allzu deutlich symptomorientiert; eine Überwindung der Krise im Sinne einer Belebung der Wirtschaftstätigkeit konnte weder von der Einführung der 40-Stunden-Woche noch von der Kaufkraftstabilisierung erwartet werden. Dies mag für eine Reihe von Maßnahmen, die zu ergreifen die Sozialdemokratie seit 1930 immer wieder vorschlug, indessen nicht in dieser Deutlichkeit gelten, fußten diese doch auf der eben kurz skizzierten Analyse der Krisenursachen.⁵³ Um den konstatierten Kapitalmangel zu beheben, sollte die Kapitaleinfuhr erleichtert werden; überdies seien spezielle Auslandsanleihen aufzulegen, um Mittel für kommunale Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu bekommen. Auch findet sich immer wieder die Forderung nach staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen;⁵⁴ doch weder für diese noch für die Forderung nach verstärkten Investitionen bei Reichsbahn und Reichspost wurden erfolgversprechende Finanzierungsvorschläge angeboten. Gerade die Möglichkeit, Auslandsanleihen unterzubringen, wurden im übrigen offenbar überschätzt.⁵⁵ Ergänzt werden sollten die geforderten Maßnahmen der Kapitallenkung sowie der Zoll- und Preissenkung durch den Aufbau eines umfassenden staatlichen Planungs- und Kontrollsystems; für die Kontrolle der Banken, des Außenhandels und der Monopole bzw. Kartelle sollten spezielle Ämter geschaffen werden.

Ansonsten unterwarf sich die Sozialdemokratie der Prioritätensetzung des Haushaltsausgleichs. So sollten zur Verbesserung der Einnahmenseite die Steuern für Besserverdienende erhöht werden, etwa durch einen 10-

⁵² Siehe M. SCHNEIDER, *Unternehmer und Demokratie*, S. 97 ff. und 118 ff.

⁵³ Siehe *Wirtschaftslage*, S. 22 ff.; *Kampf gegen die Wirtschaftskrise*, in "SPD-Jahrbuch 1930", S. 10-12. Vgl. dazu E. HEUPEL, *Reformismus und Krise*, S. 63-98.

⁵⁴ Siehe die Ausführungen des Finanzsachverständigen der SPD-Reichstagsfraktion ERICH RINNER, *Wirtschaftskrise und öffentliche Finanzen*, in "SPD-Jahrbuch 1930", S. 405-420, hier S. 418 ff. Vgl. auch *Wirtschaftslage*, S. 62; *Protokoll des 4. Gewerkschaftskongresses des AfA-Bundes 1931*, S. 129, ff.

⁵⁵ Zu erinnern ist nur an die Schwierigkeiten der Regierung Brüning, 1930 ff. Auslandsanleihen aufzulegen; siehe dazu M. SCHNEIDER, *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm*, S. 169 und 186 f.

prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer. Auf der Ausgabenseite sollte äußerste Sparsamkeit walten, die besonders bei den Militärausgaben, im öffentlichen Dienst sowie bei hohen Gehältern und Pensionen konkrete Kürzungen verlange. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes sollten neben der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit auch die Einführung des 9. Schuljahres sowie der Abbau der Beschäftigung von "Doppelverdienern" dienen. Insbesondere die letztgenannte Forderung krankte daran, daß der Begriff des "Doppelverdieners" nicht eindeutig definiert war, konnte er doch sowohl auf einen einzelnen Arbeitnehmer als auch auf ein Ehepaar bezogen werden; zudem bestand die Gefahr, dieses Argument könnte zur Legitimation von Entlassungen benutzt werden — ohne daß Neueinstellungen gewährleistet wären.

Über dieses Paket von Vorschlägen zur Überwindung der Wirtschaftskrise bestand innerhalb der Sozialdemokratie — Zweige und Flügel übergreifend — weitgehend Einigkeit. Nur bei der Frage der Reparationen zeichneten sich jedoch zumindest Unterschiede in der Akzentuierung ab; die Forderung nach einer Revision des Young-Planes mochten SPD und AfA-Bund nicht mit der selben Entschiedenheit verfechten wie der ADGB.⁵⁶

Die Vielzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokratie 1930-31 kein geschlossenes Programm zur Krisenbehebung hatte. Einmal abgesehen von der Realisierungsmöglichkeit der einzelnen Forderungen angesichts des vereinten Widerstandes von organisierter Arbeitgeberschaft und Regierung(sbürokratie), ist nicht zu übersehen, daß die Maßnahmen eher symptomorientiert waren: Linderung der Not zum einen, Verteilung der noch vorhandenen Arbeitsplätze zum anderen — das war die doppelte Zielrichtung. Solange sich auch die Forderungen nach Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand an dem gegebenen finanziellen Handlungsspielraum der Haushaltslage orientierten, solange herrschte auch in dieser Frage Einigkeit zwischen ADGB, AfA-Bund und SPD. Diese Einigkeit dauerte etwa bis zum Sommer 1931 an; immer wieder wurde eine "aktive Konjunkturpolitik" gefordert; auch war man sich darüber im klaren, daß eine "antizyklische Haushaltspolitik" — realisiert durch die Auftragsvergabe bei Reichsbahn und Reichspost — zum Ausgleich der Konjunkturschwankungen dienen könne; doch da die für eine solche Politik nötigen Rücklagen nicht vorhanden seien, scheiterten alle Überlegungen in dieser Richtung. Damit unterwarf sich die Sozialdemokratie den Prioritäten der Politik Brünings, zu deren Tolerierung sie sich ohnehin nach dem Ergebnis der Septemberwahlen 1930 genötigt glaubte, um — wie es hieß — "Schlimmeres" zu verhüten. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund muß man wohl auch die Kontroverse um die Arbeitsbeschaffungspolitik sehen, die im Sommer 1931 offen aufbrach.

4. Entwicklung und Diskussion des gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsplans⁵⁷

Es war im Grunde ein Außenseiter, der zumindest den Versuch unternahm, die sozialdemokratisch/freigewerkschaftlichen Programmaussagen unter konjunkturpolitischem Aspekt zu einer realitätsnahen und erfolgverspre-

⁵⁶ Siehe oben Anm. 33; vgl. dazu kritisch E. HEUPEL, *Reformismus und Krise*, S. 66 und 79.

⁵⁷ Siehe dazu detailliert M. SCHNEIDER, *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm*, S. 45 ff.

chenden Kriseninitiative weiterzuentwickeln: Auf der Arbeit Wladimir Woytinskys, eines russischen Emigranten, der seit 1922 als nationalökonomischer Schriftsteller in Berlin lebte und 1929 zum Leiter des Statistischen Büros des ADGB berufen wurde, basierte das gewerkschaftliche Arbeitsbeschaffungsprogramm. Durchaus in Übereinstimmung mit der Theorie des organisierten Kapitalismus glaubte Woytinsky — das zeigte sich in zahlreichen seiner Aufsätze — einen Machtzuwachs des Staates gegenüber der als Folge des Konzentrationsprozesses in zunehmendem Maße von politischen Regulierungsmaßnahmen abhängigen Wirtschaft konstatieren zu können; diesen Machtzuwachs gelte es zur staatlichen Wirtschaftsankurbelung zu nutzen. Nicht mehr am Krisensymptom der Arbeitslosigkeit sollte kuriert werden, sondern Ziel war eine allgemeine Belebung der Wirtschaftstätigkeit.

Dieser Gedanke beherrschte das ungefähr im Februar 1931 ausgearbeitete "Aktionsprogramm für die Belebung der Wirtschaft",⁵⁸ das am 9./10. März 1931 dem Bundesvorstand des ADGB zur Beratung vorgelegt wurde.⁵⁹ Ausgehend von einer Gegenüberstellung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit als dem Indikator für unausgenutzte produktive Kräfte und den Indexkurven der Großhandelspreise seit Mitte des 19. Jahrhunderts kam Woytinsky hier zu dem Ergebnis, daß Preissenkung mit Kreditverteuerung, Preissteigerung aber mit Kreditverbilligung und damit einer tendenziellen Ankurbelung der Wirtschaft Hand in Hand gehe. So schienen die Entsprechungen in der Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Großhandelspreisen Möglichkeiten der Konjunkturbelebung mittels Manipulation des Preisniveaus zu eröffnen, d.h. im Gegensatz zur bisherigen Position der Freien Gewerkschaften forderte Woytinsky statt Preisabbau eine international abgestimmte Hebung der Preise auf das Niveau der Jahre 1928-29. Unter Berufung auf die Vorschläge des Goldausschusses des Völkerbundes trat er deshalb für eine international abgesprochene Senkung der Golddeckungsreserven ein, wodurch eine Kreditausweitung ermöglicht werden sollte. Bei monetären Maßnahmen lag der Schwerpunkt dieses Programms; die Benutzung des dadurch gewonnenen gesteigerten Staatskredits zur Arbeitsbeschaffung mittels öffentlicher Auftragsvergabe spielte noch eine untergeordnete Rolle und trat erst in der veröffentlichten Fassung deutlich hervor.

Den eigentlichen "Auftakt"⁶⁰ der Diskussion um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie der wirtschaftlichen Krise bildete der Aufsatz Woytinskys in der gewerkschaftlichen Monatsschrift "Die Arbeit" vom Juni 1931, in dem er wie erwähnt, nach Abstimmung mit dem Bundesvorstand — die Konzeption einer "aktiven Weltwirtschaftspolitik" entwickelte.⁶¹ Gemäß der Unterscheidung von "metereologischer" und "medizinischer" Konjunkturpolitik und unter Berufung auf die Entsprechung von langweiliger Entwicklung der (Großhandels-)Preisindexkurven der Jahre 1850-1910 und Konjunkturverlauf kam Woytinsky zu dem Ergebnis, daß die Weltwirtschaftskrise nicht primär auf Disproportionalitäten des Produktionssektors beruhe, sondern auf denen des monetären Bereichs und somit auch durch Korrekturmaßnahmen auf diesem Gebiet zu beheben sei. So forderte er —

⁵⁸ Siehe WLADIMIR WOYTINSKY, *Grundrisse eines Aktionsprogramms für die Belebung der Wirtschaft* (MS im Archiv der sozialen Demokratie, Teil-Nachlaß Woytinsky).

⁵⁹ Siehe Protokoll der 8. Vorstandssitzung des ADGB am 9.3.1931 (August-Bebel-Institut).

⁶⁰ Siehe Schreiben Woytinskys an A. Brandes (Metallarbeiterverband) vom 3.7.1931 (Internationales Institut für Sozialgeschichte, Teil-Nachlaß Woytinsky).

⁶¹ Siehe WLADIMIR WOYTINSKY, *Aktive Weltwirtschaftspolitik*, in "Die Arbeit", Nr. 6, Juni 1931, S. 413-440.

im Anschluß an die Thesen von J.M. Keynes — zunächst eine internationale Preisfestsetzung auf hohem Niveau (etwa dem von 1928-29).⁶²

Auch wenn Woytinsky betonte, gerade die von ihm entwickelte Konzeption einer aktiven Konjunkturpolitik entspreche dem sozialistischen Ziel der Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft, so konnte doch seine Kritik an der bisherigen Politik der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die auf "Einlullung der Arbeiterschaft mit der sozialistischen Zukunftsmusik"⁶³ hinausgelaufen sei, von vornherein Kooperationsmöglichkeiten mit der SPD verschütten. Gerade von der SPD wurde aber doch, getreu der traditionellen Arbeitsteilung von Partei und Gewerkschaften, die Durchsetzung des Plans erwartet. Vielleicht erklärt sich aus diesem Angriff Woytinskys die Schärfe der Ablehnung, die seine Pläne z.T. erfuhren, obwohl von den Kritikern wenig gravierende inhaltliche Alternativen hervorgehoben wurden. Auch ist nicht zu übersehen, daß die Arbeitsbeschaffungspolitik der Tolerierung Brünings zuwiderlief.

Nicht nur die Berechtigung Woytinskys, sich in Fragen der Senkung der Golddeckungsreserven zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung auf die Vorschläge des Goldausschusses des Völkerbundes zu berufen, wurde bestritten⁶⁴; vor allem gegen die von Woytinsky in Aussicht genommenen Maßnahmen der Geldschöpfung zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffungspolitik wandte sich die innergewerkschaftliche Kritik, da jede Ausweitung des Zahlungsmittelumschlages — wie Fritz Naphtali als Schüler Hilferdings und Hauptkontrahent Woytinskys ausführte — unweigerlich inflationistisch wirken müßte.⁶⁵ Dieser Einwand war sicher nicht nur Ausdruck der allgemein verbreiteten "Inflationsfurcht" jener Jahre, die mit diesem Argument zudem bestärkt wurde; hinzu kam die Ungewißheit über den statistischen Ausgangspunkt der Berechnungen des Finanzbedarfs, die angesichts der vorherrschenden deflationsfördernden Propaganda kaum verwundern kann. Naphtalis Gegenvorschlag, der als Finanzierungsmittel Auslandsanleihen vorsah,⁶⁶ erschien jedoch Woytinsky (abgesehen von den ähnlichen Auswirkungen auf den innerdeutschen Geldmarkt) angesichts der Kreditknappheit illusionär.⁶⁷

Woytinsky sah sich nach dem Angriff Naphtalis gezwungen, den Vorwurf der "Einlullung durch sozialistische Zukunftsmusik" dahingehend zu präzisieren, daß er sich nicht auf die Partei, sondern allein auf die Parteipresse bezogen habe. Damit waren jedoch die grundsätzlichen Bedenken gegen seine Konzeption noch nicht ausgeräumt, konnte eine an diesen Vorstellungen orientierte Politik des ADGB doch in der Tat als sozialpolitisch motivierte Überlebenshilfe für die privatkapitalistische Ordnung erscheinen und damit u.U. die sozialdemokratische Programmatik der Überwindung dieser Ordnung desavouieren. Sicherlich muß die längere Zeit andauernde innergewerkschaftliche Diskussion auch unter diesem Aspekt beurteilt werden. Schon in der Ausschusssitzung des ADGB vom 16. Juli 1931 hatte Naphtali

⁶² Vgl. WLADIMIR WOYTINSKY, *Die Internationale Hebung der Preise als Ausweg aus der Krise*, Leipzig 1931.

⁶³ W. WOYTINSKY, *Aktive Weltwirtschaftspolitik*, S. 439.

⁶⁴ Siehe HELENE LEROI-FÜRST, *Einige Bemerkungen zu den Angriffen gegen die Goldwährung*, in "Die Arbeit", Nr. 12, Dezember 1931, S. 900-911.

⁶⁵ Siehe FRITZ NAPHTALI, *Neuer Angelpunkt der Konjunkturpolitik oder Fehlleitung von Energien?*, in "Die Arbeit", Nr. 7, Juli 1931, S. 485-497.

⁶⁶ Vgl. auch FRITZ NAPHTALI, *Konjunktur, Arbeiterklasse und sozialistische Wirtschaftspolitik*, Berlin 1928, bes. S. 18 ff.; vgl. auch: ders., *Negative Konjunkturpolitik*, in "GZ", Nr. 4 vom 25.1.1930, S. 49 f.

⁶⁷ Siehe WLADIMIR WOYTINSKY, *Und dennoch Weltwährungspolitik gegen die Weltwirtschaftskrise*, in "Die Arbeit", Nr. 7, Juli 1931, S. 498-509. Vgl. auch ders., *Arbeitsbeschaffung und keine Inflationsgefahr*, in "Die Arbeit", Nr. 3, März 1932, S. 142-154.

seinen Befürchtungen Ausdruck verliehen, eine Vermehrung der umlaufenden Zahlungsmittel zugunsten der öffentlichen Hand müsste inflationistisch wirken.⁶⁸ Er konkretisierte seine Bedenken in der Ausschußsitzung vom Februar 1932 dahingehend, daß die vorgesehene Finanzierungssumme von 2 Mrd. RM u.U. nicht ausreichen könnte, so daß eine darauf notwendig erfolgende Ausweitung des Finanzierungsrahmens die Gefahr einer Inflation heraufbeschwöre.⁶⁹

Diese Stellungnahmen Naphtalis waren Teil der Kontroverse, die — nicht zuletzt wegen der engen personellen Verflechtung von ADGB und SPD — auch in die Diskussionen der SPD hineinreichte, die auf dem Leipziger Parteitag 1931 (31. Mai bis 5. Juni) begannen. Fritz Tarnow, einer der Hauptredner des Parteitages, forderte in seinem Referat über "Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse" eine "systematische Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik", die SPD und Freie Gewerkschaften zum — wie er in einer umstrittenen Formulierung sagte — Arzt und Erben am Krankenbett des Kapitalismus zu machen geeignet sei.⁷⁰ Wenn die Parteitagsdelegierten der auf dem Referat Tarnows basierenden Resolution zustimmten,⁷¹ so sicherlich nicht zuletzt wegen der von Rudolf Breitscheid formulierten Erkenntnis, daß die Überwindung des Faschismus nur möglich sei, wenn es gelinge, die wirtschaftliche Not der Menschen zu lindern.⁷² Gerade dazu konnten die von Breitscheid angesprochenen Maßnahmen jedoch wenig beitragen; auch die angeführte Parteitagsresolution bedurfte noch der Konkretisierung, die jedoch innerhalb der Programmdiskussion der SPD ausblieb.

Demgegenüber wurden die Arbeitsbeschaffungs-Vorstellungen von Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und Fritz Baade, dem Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen und Mitglied der SPD-Reichstagsfraktion, weiterentwickelt; um die Jahreswende 1931-32 legten sie den nach den Autoren benannten WTB-Plan vor, dessen erste Fassung vom 23. Dezember 1931 noch ein international abgestimmtes Vorgehen forderte. In der endgültigen Fassung vom 26. Januar 1932 wurden dann jedoch nurmehr Maßnahmen der innerdeutschen Wirtschaftspolitik angesprochen. Vorgelegt wurde ein Programm öffentlicher Arbeiten mit einem Finanzvolumen von 2 Milliarden Reichsmark, durch die — gewissermaßen als Initialzündung — 1 Million Arbeitslose für ein Jahr wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden sollten.⁷³ Dieser Plan, der hinsichtlich der vor allem von Naphtali angegriffenen Finanzierungsvorstellungen einen (allerdings nicht sofort anerkannten) Kompromiß anbot, wurde im Februar 1932 vom Bundesausschuß des ADGB akzeptiert; außerdem wurde beschlossen, einen Kongreß zur Arbeitsbeschaffungsfrage abzuhalten.⁷⁴

Der Krisenkongreß vom 13. April 1932 bildete den Schlußpunkt der innergewerkschaftlichen Diskussion und sollte — so Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB — wie ein "Fanal" wirken, um das sich alle scharen

⁶⁸ Siehe *Protokoll der 13. Sitzung des Ausschusses des ADGB, 4. Geschäftsperiode, am 16.7.1931*, Berlin 1931, S. 273.

⁶⁹ Siehe *Protokoll der 4. Sitzung des Ausschusses des ADGB, 5. Geschäftsperiode, am 15./16.2.1932*, Berlin 1932, S. 61. Vgl. auch "GZ", Nr. 8 vom 20.2.1932, S. 113-120.

⁷⁰ Siehe *Protokoll des Parteitags der SPD 1931 in Leipzig*, S. 49 bzw. 45; zur Kritik am "Arzt"-Bild siehe ZIEGLER (Breslau), ebda. S. 67.

⁷¹ Siehe ebda. S. 283 f.

⁷² Siehe RUDOLF BREITSCHIED, *Die Überwindung des Faschismus*, ebda. S. 104.

⁷³ Beide Fassungen sind abgedruckt bei M. SCHNEIDER, *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm*, S. 225 ff.

⁷⁴ Siehe *Protokoll der 4. Sitzung des Ausschusses des ADGB, 5. Geschäftsperiode*, S. 67.

müßten, die für eine Politik zur sofortigen Krisenbeendigung einträten.⁷⁵ Die vom Kongreß verabschiedete Resolution empfahl, aufgrund staatlicher Aufträge — bei Einhaltung der 40-Stunden-Woche — folgende Arbeitsvorhaben durchzuführen: Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes, Arbeiten zum Schutz gegen Hochwassergefahren, Kleinwohnungsbau, Hausreparaturen, Aufträge von Reichsbahn und Reichspost, Siedlungsarbeiten und landwirtschaftliche Meliorationen.

Die zur Durchführung dieser Arbeiten erforderlichen Geldmittel sollten durch Zusammenfassung der freiwerdenden Arbeitslosenunterstützung, der Steuern der Wiederbeschäftigten, der Mehreinnahmen aus Verbrauchssteuern und letztlich durch die Auflage einer Arbeitsbeschaffungsanleihe aufgebracht werden. Von dieser "volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe" versprach man sich die Mobilisierung der gehorteten Spargelder. Sollte die Anleihe jedoch nicht — womit zu rechnen war — in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht werden können, so sollte sie den Banken als bei der Reichsbank rediskontierbare Unterlage zur Zwischenfinanzierung dienen. Die Gefahr einer Inflation schien im Rahmen dieses Finanzierungsplanes schon deswegen nicht akut zu sein, weil der in Aussicht genommenen Kreditausweitung in ausreichendem Maße ungenutzte industrielle Produktivitätsreserven gegenüberstanden. Zur Koordinierung aller Arbeitsbeschaffungsträger sollte eine "Zentralstelle für Arbeitsbeschaffungen" gegründet werden, in der die Gewerkschaften stark vertreten sein müßten.

Der konjunkturtheoretische Aspekt, etwa eine Diskussion der Konjunkturzyklen oder auch nur des Rationalisierungsproblems, spielte in der ADGB-offiziellen Begründung des Arbeitsbeschaffungsplans kaum eine Rolle. Die vorgesehenen Maßnahmen legitimierten sich vor allem aus der Notwendigkeit einer nachhaltig wirksamen Arbeitsbeschaffung und der davon ausgehenden Kaufkraftimpulse; der gewerkschaftliche Plan zielte letztlich auf eine staatliche Hilfsaktion, die gleichsam den wirtschaftlichen Automatismus wieder in Gang setzen sollte.

Der ADGB war nicht die einzige freigewerkschaftliche Organisation, die ein Konzept zur aktiven Bekämpfung der Wirtschaftskrise diskutierte; zu erinnern ist auch an das Wirtschaftsprogramm des AfA-Bundes⁷⁶; in diesem Konzept traten ohne Zweifel die traditionell sozialdemokratischen Planwirtschaftsvorstellungen stärker hervor als im WTB-Plan. Gerade damit entsprach das Programm des AfA-Bundes offenbar weitgehend den Intentionen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion; vor allem die Artikel zum Thema Arbeitsbeschaffung im "Vorwärts" ab Januar-Februar 1932 und dann auch die Gesetzesanträge der SPD vom Spätsommer 1932 — auf die noch einzugehen ist — folgten eher planwirtschaftlichen Modellen, zu denen sich der ADGB im Rahmen seines Arbeitsbeschaffungsprogramms mit dem angehängten Absatz zum "Umbau der Wirtschaft" allenfalls sehr vorsichtig bekannte.

Die Arbeitsbeschaffungsprogrammatik der Gewerkschaften — speziell die

⁷⁵ Siehe *Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen (15.) Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (5. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes)*, abgehalten im Plenarsaal des Reichstags in Berlin am 13. April 1932, Berlin 1932. Die Reden des Kongresses wurden publiziert in: *Arbeitsbeschaffung. Die Forderung der Gewerkschaften. Sieben Millionen Arbeitslose verlangen Arbeit und Brot!*, Berlin 1932. Siehe auch "GZ", Nr. 17 vom 23.4.1932, S. 259 ff.

⁷⁶ Siehe FRITZ CRONER, *Kurs auf Sozialismus!*, in "Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft", Nr. 7 vom 1.4.1932, S. 201-204; OTTO SUHR, *Mobilisierung der Wirtschaft*, in "Marxistische Tribüne", Nr. 8 vom 15.4.1932, S. 250-252. Vgl. *Schafft Arbeit! AfA-Bund-Beratungen über Wirtschaft und Politik*, in "Vorwärts" vom 23.3.1932, S. 1.

des ADGB — stieß keineswegs nur bei den Interessenvertretern der Unternehmer auf scharfe Ablehnung,⁷⁷ sondern fand auch innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung deutliche Kritik.⁷⁸ In der "Gewerkschaftszeitung" wurden "Für und Wider Arbeitsbeschaffung" im Gefolge des Krisenkongresses detailliert dokumentiert.⁷⁹

Gewiß wird man nicht uneingeschränkt von einer Kontroverse in der Arbeitsbeschaffungsfrage zwischen "den" Gewerkschaften und "der" SPD sprechen können; dazu waren die Verflechtungen — gerade personeller Art — zu eng, und außerdem waren weder Freie Gewerkschaften noch SPD homogene Blöcke.⁸⁰ So waren Verfechter des Arbeitsbeschaffungsplans — wie Baade und Tarnow — auch in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu finden; und nicht alle Einzelgewerkschaften traten gleichermaßen entschieden für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein: Von der Position des AfA-Bundes war schon die Rede; zu denken ist auch an die Differenzen zwischen dem Engagement des Deutschen Baugewerksbundes und des Deutschen Holzarbeiterverbandes einerseits, der eher schwankenden Stellung zur Arbeitsbeschaffungsfrage beim Metallarbeiterverband und beim Fabrikarbeiterverband andererseits.⁸¹

Auch wenn man betont, ebenso "wie die SPD wollten die freien Gewerkschaften an der Politik der Klassenkooperation festhalten", auch wenn man beider Politik unter dem Begriff "reformistische Konzeptionen" zusammenfassen kann,⁸² so bleibt doch die Differenz in der Stellung zur Arbeitsbeschaffungsforderung unübersehbar: Der ADGB hat mit dem Krisenkongreß vom 13. April 1932 einen Arbeitsbeschaffungsplan unter Einschluß eines defizitären Finanzierungsmodells zum offiziellen Programm erhoben — die SPD nicht. Und auch die Gesetzesentwürfe der SPD vom August-September 1932 spiegeln doch die Zurückhaltung zumindest der Reichstagsfraktion in dieser Frage; denn die Forderung nach Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurde eingebettet in Gesetzesanträge zum Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft (u.a. mit Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken sowie Enteignung des Großgrundbesitzes) einerseits, in Gesetzesanträge zur Stabilisierung bzw. Wiedererhöhung der sozialen Unterstützung insbesondere der Arbeitslosen andererseits.⁸³ Von daher scheint es bei der Kontroverse um die Frage der Arbeitsbeschaffung nicht allein um den Modus der Finanzierung gegangen zu sein.⁸⁴ Vielmehr war der Streit die Finanzierung — (Auslands-)Anleihe oder Geldschöpfung — Zeichen einer inhaltlich tiefer greifenden Kontroverse um die der Wirtschaftskrise angemessene Politik. Angesichts der weltweiten Kreditknappheit mußte auch den Befürwortern der Arbeitsbeschaffungsfinanzierung durch Auslandsanleihen klar sein, daß das Beharren auf ihrem Kreditmodell einer Vertagung, wenn nicht Ablehnung der Arbeitsbeschaffungspolitik insgesamt gleichkam.

Die grundsätzliche Problematik einer sozialdemokratischen Arbeitsbe-

⁷⁷ Siehe Präsidialsitzung am 22. April 1932, in "Geschäftliche Mitteilungen für die Mitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie", Nr. 11 vom 6.5.1932, S. 61; vgl. dazu detailliert M. SCHNEIDER, *Unternehmer und Demokratie*, S. 142 ff.

⁷⁸ Siehe dazu bes. R. A. GATES, *The Economic Policies*.

⁷⁹ Siehe *Für und Wider Arbeitsbeschaffung*, in: "GZ", Nr. 18 vom 30.4.1932, S. 274-278.

⁸⁰ Dies betont bes. E. HEUPEL, *Reformismus und Krise*, S. 231 und 246 f.

⁸¹ Siehe dazu detailliert WOLFGANG ZOLLITSCH, *Einzelgewerkschaften und Arbeitsbeschaffung. Zum Handlungsspielraum der Arbeiterbewegung in der Spätphase der Weimarer Republik*, in "Geschichte und Gesellschaft", 8, 1982, S. 87-115.

⁸² So E. HEUPEL, *Reformismus und Krise*, S. 246 f.; vgl. auch F. RITTER, *Theorie und Praxis*, S. 165.

⁸³ Siehe *Umbau der Wirtschaft - Sicherstellung der Existenz der Notleidenden*, in "Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz", Nr. 8/9, August/September 1932, S. 445-454.

⁸⁴ So E. HEUPEL, *Reformismus und Krise*, S. 231.

schaffungsinitiative wurde durch die Zerteilung der Resolution des Krisenkongresses überdeutlich. So kann der kurze Absatz am Ende der Resolution, mit dem die Einbettung des Arbeitsbeschaffungsplans in das Programm zum "Umbau der Wirtschaft" eher behauptet als begründet wurde, wohl dem Bemühen zugeschrieben werden, der aus den vorherigen Debatten in Publizistik und Gewerkschaftsgremien bereits bekannten Kritik möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten. Eine Vermittlung beider Programmpunkte — "Arbeitsbeschaffung" und "Umbau der Wirtschaft" — war indessen überaus schwierig.

5. Ein neues Programm: Die "Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft"

Parallel zur Debatte um die Frage der aktiven Konjunkturpolitik begann die Diskussion von Überlegungen zum "Umbau der Wirtschaft". Ausgangspunkt dieser Diskussion war wohl der Kongreß des AfA-Bundes in Leipzig im Jahre 1931, auf dem eine Resolution zur Unterordnung der Wirtschaft unter die "Gesellschaftsmacht des demokratischen Staates" verabschiedet wurde.⁸⁵ Verstärkte staatliche Wirtschaftsplanung — das war die Grundtendenz des Beschlusses, der im übrigen auch die "Änderung der Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln" vorsah.

Anfang 1932 wurde dann vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß des AfA-Bundes ein Konzept vorgelegt, das bald — nach Debatte im Bundesausschuß — veröffentlicht wurde.⁸⁶ Ob indessen die Betonung von antikapitalistischer Grundtendenz und sozialistischer Zielperspektive auf die spezifische Konkurrenzsituation des AfA-Bundes zurückzuführen ist,⁸⁷ mag zweifelhaft sein; da sich einerseits der AfA-Bund vor allem der Konkurrenz national bis nationalistisch orientierter Organisationen — zu denken ist an den Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband (DHV) — gegenüber sah, da andererseits inner- und außerhalb der "Arbeitergewerkschaften" des ADGB die revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) um Anhänger warb, hätte man doch Bemühungen um die Integration links-sozialistischer Konzeptionen eher beim ADGB vermuten dürfen. Vielleicht ist für die unterschiedlichen programmatischen Akzentsetzungen eher verantwortlich zu machen, daß die ADGB-Gewerkschaften zum größten Teil in direkten Auseinandersetzungen mit der Unternehmerschaft seit Jahrzehnten die Schwierigkeiten der Realisierung weitgesteckter Ziele "erlebt" hatten, während der AfA-Bund als junge Organisation vor einem anderen Erfahrungshintergrund agierte.

Am Vorabend des Krisenkongresses vom 13. April 1932 kündigte Leipart an, AfA-Bund und ADGB würden ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm ausarbeiten; der bereits angesprochene zweite Teil der Resolution des Krisenkongresses wies in diese Richtung. Offenbar sollten durch diese Einigung im Vorfeld des Kongresses etwa zu befürchtende Grundsatzdiskussionen vermieden werden, die den Eindruck der gewerkschaftlichen Geschlossenheit hätten gefährden können.

Die dann im Juni 1932 veröffentlichten "Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft" knüpften direkt an die Programmüberlegungen des AfA-Bundes

⁸⁵ Siehe *Protokoll des 4. Gewerkschaftskongresses des AfA-Bundes 1931 in Leipzig*, S. 244 f.

⁸⁶ Siehe "AfA-Bundeszeitung", 1932, S. 38 ff.

⁸⁷ So E. HEUPEL, *Reformismus und Krise*, S. 211.

vom März 1932 an.⁸⁸ Nicht nur Forderungen zur Steuer- und Finanzpolitik, sondern vor allem die Postulate nach Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Energie- und Verkehrswirtschaft sowie Bankenwesen einerseits, nach Aufbau einer Planwirtschaft mit zentraler Kapitallenkung durch ein Bankenamt, zentraler Planung durch ein Planungsamt und zentraler Kartell- und Monopolkontrolle andererseits standen im Vordergrund des Programms. Zentraler Leitung und Kontrolle sollten zudem der Außenhandel und die öffentlichen Unternehmen unterworfen werden. Mit der Einrichtung der eben aufgezählten Kontrollämter meinte man im übrigen an die Maßnahmen anknüpfen zu können, die die Regierung Brüning im Gefolge der Bankenkrise vom Sommer 1931 ergriffen hatte.

Gewiß boten diese Richtlinien zumeist nicht grundsätzlich neue Forderungen; aber in der Zusammenfassung der Verstaatlichungs- und Planungsvorstellungen hatten sie doch programmatische Qualität gewonnen. Von dem Dualismus zwischen den Forderungen nach Arbeitsbeschaffung und nach Umbau der Wirtschaft, d.h. zwischen — wie es schien — Rettung und damit erneuter Stabilisierung des Kapitalismus einerseits und einer das Ziel der Systemüberwindung formulierenden Programmatik andererseits, waren die sozialdemokratischen Diskussionen der Folgezeit bestimmt.

6. Zwischen "Arbeitsbeschaffung" und "Umbau der Wirtschaft"

Als kennzeichnend für die Schwierigkeiten, die zentralen Programmaussagen des Jahres 1932 miteinander zu verknüpfen, sei hier auf einen Beitrag Woytinskys⁸⁹ verwiesen, nach dessen Ansicht "Die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Krise" zweierlei Maßnahmen ergreifen müsse: Erstens Maßnahmen allgemeiner Art zur Veränderung des kapitalistischen Systems und zweitens Notmaßnahmen zur Überwindung der akuten Krisensituation; den einen entsprächen die vom ADGB im April-Mai 1932 entwickelten "Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft", den anderen das Aktionsprogramm zur Arbeitsbeschaffung. Mit den Maßnahmen zum "Umbau der Wirtschaft" sollte generell die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus vermindert bzw. behoben werden; demgegenüber schien die Durchführung von Arbeitsbeschaffungsvorhaben sofort einen Ausweg aus der Krise versprechen zu können, wobei durch die Transformation der Dialektik von Reform und Revolution in ein zeitliches Nacheinander die Frage verschleiert wurde, ob nicht die Realisierung der Arbeitsbeschaffungsprojekte gerade die Verwirklichung des weitgesteckten Zieles eines Umbaus der Wirtschaft erneut in weite Ferne rücken könnte.

Angesichts dieser programmatischen Probleme genügt es wohl nicht darauf hinzuweisen, die "Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft" zeigten, daß von einem "ideologischen Gegensatz zwischen SPD und ADGB" nicht die Rede sein könne,⁹⁰ denn während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihren Gesetzesanträgen vom September 1932 das Arbeitsbeschaffungskonzept den Umbauforderungen unterordnete, verlieh der ADGB der Arbeitsbeschaffung die höchste Priorität. Wenn man dies bestätigt⁹¹ und überdies zugesteht, daß zwischen der Umbau-Konzeption und den Vorstellungen von

⁸⁸ Siehe *Umbau der Wirtschaft. Die Forderungen der Gewerkschaften*, hrsg. vom ADGB, Berlin 1932.

⁸⁹ Siehe WLADIMIR WOYTINSKY, *Die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Krise* (Aufsatz ca. vom Juni 1932, Archiv der sozialen Demokratie, Teil-Nachlaß Woytinsky).

⁹⁰ So E. HEUPEL, *Reformismus und Krise*, S. 212.

⁹¹ *Ebenda*, S. 212.

Keynes eine "klare Trennung" besteht, daß aber der WTB-Plan "im wesentlichen" mit den Gedanken von Keynes übereinstimmt,⁹² dann wird man doch kaum von einer geschlossenen Front von Partei und Gewerkschaften sprechen können; vielmehr drängt sich der Eindruck eines programmatisch-politischen Dissens' in der Arbeitsbeschaffungsfrage auf.

Festzuhalten ist jedoch, daß die Verbindung von Arbeitsbeschaffungspostulat und "Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft" geradezu die Erkenntnis der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus voraussetzte, die eben nicht durch einmaliges öffentliches Eingreifen behoben sei. Daß jedoch von den Führern der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung aus der auch von bürgerlichen Regierungen — insbesondere nach der Bankenkrise — in zunehmendem Maße betriebenen staatlichen Wirtschaftslenkung geschlossen wurde, man befinde sich bereits auf dem Wege zum angestrebten Ziel des Sozialismus, läßt doch auf ein gewisses Defizit in der Analyse des politischen Status quo schließen; denn sicherlich hätte berücksichtigt werden müssen, daß es gerade ein verstärkt autoritär organisierter Staat war, der die Maßnahmen der Intervention durchführte. Zudem forderte die optimistische Einschätzung schon bestehender Institutionen als "wirtschaftsdemokratischer Elemente" zur Formierung des publizistischen Widerstandes der bürgerlich-konservativen Kräfte gegen eine Republik heraus, die — nahm man die allzu rosige Propaganda von SPD und ADGB beim Wort — bereits auf dem besten Wege zum Sozialismus war. Die scharfen Reaktionen gerade der Unternehmerverbände bestärkten andererseits die Führung von SPD und ADGB in der Ansicht, mit ihren Forderungen an die Grenzen des vernünftigerweise Mach- bzw. Durchsetzbaren gestoßen zu sein — worauf in der Auseinandersetzung mit den innerorganisatorischen "Linken" dann auch hingewiesen wurde.

Auffallend ist zudem, daß die "Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft" eine Beschränkung speziell des gewerkschaftlichen Aktionsfeldes implizierten, die einerseits den Bedingungen der Krisensituation angepaßt war, die aber den ADGB andererseits durchaus Anhängern autoritär-ständischer Staatsmodelle als Mitarbeiter empfehlen konnte. Während mit der von SPD und Gewerkschaften gemeinsam vertretenen Wirtschaftsdemokratie-Konzeption eine Instrumentalisierung des Staates zugunsten des Aufbaus einer sozialen Demokratie beabsichtigt worden war, gingen die "Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft" davon aus, daß der Staat die Wirtschaft beherrschen solle. Diese Formulierung scheint die Bereitschaft der Gewerkschaften anzuzeigen, freiwillig ihre Autonomie zugunsten eines demokratisierten Staates einzuschränken, der — nach Ansicht des ADGB — das "Gesamtinteresse" vertreten werde. Von hier bis zu den Plänen einer Gewerkschafts-Achse, auf die — reichend von SPD über Zentrum bis zum Strasser-Flügel der NSDAP — sich die Regierung Schleicher hätte stützen können, ist kein allzu weiter Weg mehr. Man mag darin auch theoretische Ansätze der opportunistischen Haltung des ADGB im Frühjahr 1933 sehen können, die indessen die Auflösung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 nicht verhinderte.

Zu beachten ist überdies, daß auch die — realisierte — Forderung nach einer aktiven Konjunkturpolitik dazu geeignet war, den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum einzuschränken. Gerade ein Blick auf die Entwicklung in den USA, in England und Schweden macht deutlich, daß die wirtschaftliche Krisensituation keineswegs zwangsweise zum Faschismus und zur Zerschlagung der Gewerkschaften führen mußte; es zeigte sich jedoch, daß die

⁹² *Ebenda*, S. 97 f.

Wirtschaftsbelebung desto rascher und geradliniger verlief, je stärker die gewerkschaftliche Autonomie beschnitten wurde, d.h. je schärfer sich die Wirtschaftspolitik an den Interessen der Unternehmen orientierte und demgemäß den Spielraum z.B. für gewerkschaftliche Forderungen — Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung usw. — beschnitt.⁹³

Wie eng der Spielraum für Erfolge der sozialdemokratischen Politik ohnedies geworden war, hatte sich schon bei den Mißerfolgen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und Lohnniveaustabilisierung gezeigt. Es ist jedoch zu überlegen, ob die Sozialdemokratie den noch verbleibenden Rest an Autonomie in einer der Situation angemessenen Weise genutzt hat: Sowohl für die Arbeitsbeschaffungspolitik als auch erst recht für die Konzeptionen zum Umbau der Wirtschaft stellte sich die Frage, wie derartige Programme angesichts der fortschreitenden Einschränkungen des Parlamentarismus und des Rückgangs sozialdemokratischer Einflußmöglichkeiten hätten realisiert werden können. So ist daran zu erinnern, daß der ADGB zwar die Resolution des Krisenkongresses sowie die Aufsätze und Broschüren zur Arbeitsbeschaffung an die Regierungen von Reich und Ländern sandte und daß in internen Besprechungen versucht wurde, die SPD zur Übernahme und damit parlamentarischen Vertretung dieser Forderung zu bewegen. Auch sind die Gesetzentwürfe der SPD speziell vom August/September 1932 zu berücksichtigen, in denen neben staatlichen Arbeitsbeschaffungs- auch weitgehende Umbaumaßnahmen vorgesehen waren. Doch mußte überdacht werden, ob nicht die Beschränkung auf institutionalisierte und parlamentarische Wege der Interessenvertretung angesichts der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse sowieso von vornherein zum Scheitern verurteilt war; die potentiell stärkste Machtausübung seitens der Arbeiterbewegung — die Mobilisierung der Mitgliedermassen — wurde, soweit zu sehen ist, für die Durchsetzung dieser Forderungen gar nicht erst erwogen. Sicherlich ist zu berücksichtigen, daß die Waffe des Streiks bei 6 Millionen Arbeitslosen stumpf zu werden drohte; doch es ist kennzeichnend, daß dieser Hinweis nur zur Rechtfertigung für das Ausbleiben von Defensivaktionen bei Papens Putsch gegen die preußische SPD-Regierung vom 20. Juli 1932 und bei der "Machtergreifung" durch die Nationalsozialisten angeführt wird, daß demgegenüber eine offensive Vertretung von Forderungen durch die Mobilisierung der Mitglieder offenbar nicht nur außerhalb des Praxis-, sondern auch des Planungshorizonts der Führungen von SPD und Gewerkschaften lag. Es mag dies mit der — schon von zeitgenössischen Kritikern bemängelten — Tendenz zur Überalterung und Bürokratisierung der Vorstände zusammenhängen.

Der gewerkschaftliche Plan nahm mit Übertragung des Auftrags zur "antizyklischen" Konjunktursteuerung an die Regierung wesentliche Ansätze der "modernen" Konjunkturpolitik voraus; angesichts der unter dem Druck der Krise auch von bürgerlichen Regierungen zunehmend offener betriebenen Politik verstärkter Staatsinterventionen sowie der fortschreitenden Verschärfung der Konfliktaustragung zwischen gewerkschaftlich-sozialdemokratischer und vor allem industrieller Interessenvertretung rief jedoch gerade die intendierte Übertragung des konjunkturpolitischen Handlungsmonopols auf die Regierung den hartnäckigen Widerstand der Unternehmer-schaft hervor, der sich erst legte, als aufgrund der Ausschaltung des poli-

⁹³ Siehe MICHAEL SCHNEIDER, *Von der Deflations- zur Arbeitsbeschaffungspolitik in der Krise der 30er Jahre. Aspekte eines internationalen Vergleichs*, in "Gewerkschaftliche Monatshefte", XXXIII, Februar 1982, S. 65-73.

tischen Einflusses von Gewerkschaften und sozialdemokratischer wie kommunistischer Partei gesichert schien, daß die Regierung den konjunkturpolitischen Interventionsapparat für absehbare Zeit allein im Interesse der Kapitaleigner nutzen würde.

Insgesamt drängt sich der Eindruck einer verpaßten Chance auf, die Weimarer Republik durch wirtschaftliche Stabilisierung in letzter Stunde zu retten. Doch wird man nicht übersehen dürfen, daß die politische Verantwortung nicht bei der SPD, sondern der Regierung Brüning lag, die sich unter den Primat der Lösung der Reparationsfrage gestellt und die notwendigen Schritte in Richtung auf eine Konjunkturbelebung unterlassen hat. Zwar hat der Krisenkongreß die innerministeriellen Beratungen für eine kurze Zeit unter Druck gesetzt — Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald, der Brüning auf dem Krisenkongreß vertrat, wollte nicht mit leeren Händen vor die Delegierten treten —, doch die Politik des sozialen Abbaus blieb bestehen. Auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung Papen, die mit der Notverordnung vom 14. Juni 1932 135 Millionen Reichsmark zur Verfügung stellte, waren von viel zu geringem Umfang, als daß sie eine Änderung der wirtschaftlichen Situation hätten bewirken können; die Erweiterung auf ca. 300 Millionen mit den Notverordnungen vom 4./5. September 1932 kam saisonal ungünstig und letztlich — wie auch die weitere Erhöhung durch die Regierung Schleicher — zu spät, um noch rechtzeitig stabilisierend zu wirken. Erst die nationalsozialistische Regierung profitierte von diesen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, d.h. ihr wurde das Sinken der Arbeitslosenzahlen ab 1933 als Erfolg gutgeschrieben, wohingegen sich die nochmalige Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsvolumens und insbesondere die Forcierung der Aufrüstung ab Frühsommer 1933 erst später ausgewirkt haben dürften.

Trotz der enormen Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Situation und auch trotz des durchaus ungewissen Erfolges einer frühzeitig durchgeführten antizyklischen Konjunkturpolitik sei doch betont, daß wohl kaum von einer ökonomischen Determinierung des Scheiterns der Weimarer Republik oder auch nur der Politik Brünings die Rede sein kann.⁹⁴ Gewiß war der finanzielle Handlungsspielraum der Regierung Brüning nicht zuletzt aufgrund der wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen der zweiten Hälfte der 20er Jahre gering⁹⁵; auch waren wohl das Ausmaß der Krise und damit die Notwendigkeit staatlichen Gegensteuerns erst nach dem Sommer 1931 voll erkennbar. Daß Brüning den von zahlreichen "konjunkturpolitischen Reformern", so auch den Gewerkschaften, vorgelegten Konzeptionen nicht folgte, entsprach jedoch nicht wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern seiner selbstgewählten politischen Prioritätensetzung: Brüning versuchte die Wirtschaftskrise auszunutzen zugunsten der eigenen politischen Zielsetzungen — der Revision des Versailler Vertrages, speziell der Reparationsverpflichtungen; dabei wurde die innenpolitische Destabilisierung in Kauf genommen.⁹⁶

Auch wenn man gerade im Lichte jüngerer Erfahrungen nicht davon

⁹⁴ Siehe K. BORCHARDT, *Zwangslagen*; vgl. auch E. HEUPEL, *Reformismus und Krise*, S. 232.

⁹⁵ Siehe DIETER-HERTZ EICHENRODE, *Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brünings*, Frankfurt/New York 1982.

⁹⁶ Siehe CARL-LUDWIG HOLTFRERICH, *Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?*, in "Historische Zeitschrift", 235, 1982, S. 605-631. Vgl. K. BORCHARDT, *Noch einmal: Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik?*, in "Historische Zeitschrift", 237, 1983, S. 67-83.

ausgehen kann, eine Arbeitsbeschaffungspolitik in der von den Gewerkschaften geforderten Größenordnung hätte bereits 1932 erfolgreich die Konjunktur beleben können, so wird man aber doch annehmen dürfen, daß durch eine solche "aktive Konjunkturpolitik" das Vertrauen in Handlungsfähigkeit und -bereitschaft der Regierung gestärkt worden wäre. Gerade die Konzeptionen der Sozialdemokratie, speziell der Gewerkschaften machen deutlich, daß es Alternativen zur Politik Brüning's gab. Darüber hinaus zeigt sich an der Zusammenfassung von Arbeitsbeschaffungsforderung und "Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft" exemplarisch das Grundproblem einer sich als sozialistisch verstehenden Politik: Die Schwierigkeiten einer Vermittlung zwischen auf Systemüberwindung zielender Programmatik und tendenziell systemstabilisierender Funktion einer an sozialen Erfordernissen orientierten politischen Praxis.

Michael Schneider